

Wer wir sind -

Was wir wollen



Zielsetzungen und Konzept der Schweinfurter Arbeitsloseninitiative SALI e. V.

Seit mittlerweile rund 30 Jahren besteht in der BRD in unterschiedlicher Intensität das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit. Ebenfalls seit dieser Zeit haben die verschiedenen Regierungen mit allerlei „Patentrezepten“ versucht, dieses Problem in den Griff zu bekommen - vergeblich! Während anfangs zumindest noch versucht wurde, mit Hilfe eines zweiten und dritten Arbeitsmarktes die Folgen für die Betroffenen einigermaßen sozial abzufedern, ist davon, seit Bundeskanzler Schröder im Jahre 2002 die Erwerbslosen selbst als Hauptschuldige an ihrer Situation ausgemacht hat, nicht mehr viel übrig geblieben. Im Gegenteil, die Hartz-Gesetze, die angeblich zur Halbierung der Arbeitslosigkeit führen sollten, funktionieren ausschließlich als Druckmittel gegen die Erwerbslosen wie auch die Beschäftigten. Sie weiten den Minijob- wie den Leiharbeitssektor aus und schaffen dort zwar Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich, verhindern jedoch nicht, dass die Massenerlassungen verstärkt weiter gehen und die Massenerwerbslosigkeit zunimmt. Nein, sie animieren die Arbeitgeber bestenfalls, Regelarbeitsplätze durch diese prekären Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen. Im Gegensatz zur früher praktizierten „aktiven“ Arbeitsmarktpolitik durch den Staat, wird von den **neoliberalen** Wirtschaftstheoretikern heute eine „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik propagiert. Diese wird von einer großen Koalition aus Arbeitgeberverbänden, Regierung u. Opposition mit Unterstützung der großen Medien konkret umgesetzt und führt dazu, dass die Arbeitgeber aus der Verantwortung sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für sozialen Ausgleich und Daseinsvorsorge genommen werden und diese den Gewerkschaften und den einzelnen Menschen, Erwerbslosen wie Beschäftigten aufgebürdet wird. Letztendlich führt diese Wirtschafts- und Sozialpolitik im „Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ zu verschärfter Ausbeutung und weiterer Zunahme der Massenerwerbslosigkeit. Ein besonders abstoßendes Beispiel bilden die sog. Ein-EURO-Jobs, „Arbeitsgelegenheiten“ ohne jeden rechtlichen Rahmen, die von zahlreichen Experten zudem als verfassungswidrig eingestuft werden.

In gleichem Maße werden die Gewerkschaften im Sinne der „Standortlogik“ erpressbar und laufen Gefahr, ähnlich wie in einigen anderen Ländern in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Darüber hinaus werden durch eine verfehlte Steuer- und Subventionspolitik in erster Linie die Reichen, die Banken und Großkonzerne beschenkt und die Staatskassen geplündert. So kann die öffentliche Hand vor allem im Bausektor keine Aufträge vergeben, weil kein Geld da ist. Das vernichtet Arbeitsplätze im Handwerk und beim Mittelstand. Straßen, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen, ja ganze Städte verrotten. Als angebliches Heilmittel dagegen wird die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen forciert, sodass Daseinsvorsorge, Bildung u. Ausbildung, Gesundheitswesen und Kultur zur Ware verkommen und nur unter Rentabilitätsgesichtspunkten beurteilt werden.

Wir lehnen diese Entwicklung ab!

Unserer Meinung nach braucht es kein Studium der Wirtschaftswissenschaften, um zu erkennen, dass es kein ewiges Wirtschaftswachstum geben kann. Schließlich führt die Globalisierung der Weltwirtschaft nicht nur zur Ausweitung der Märkte, sondern es treten auch neue Produzenten und Wirtschaftsstandorte auf den Plan.

Wenn aber alle nach dem Prinzip „möglichst viel mit möglichst niedrigen Lohnkosten produzieren“ wirtschaften, muss es notwendig zu Überproduktion und damit auch zu Absatzkrisen kommen. Die wenigen Reichen und Superreichen, die eh' schon alles haben, halten ihr Geld zurück, spekulieren damit an der Börse, um noch reicher zu werden und der breiten Masse fehlt das Geld, um all die schönen Sachen zu kaufen, die tagtäglich im Überfluss produziert werden.

Gleichzeitig kommt es zu einem Verdrängungswettbewerb, bei dem sich die wirtschaftlich stärksten Banken und Konzerne bzw. Staaten und Regionen durchsetzen. Die wirtschaftlich Schwächsten bleiben auf der Strecke. Das gilt sowohl für Firmen und damit für Arbeitsplätze als auch für einzelne Menschen, ja ganze Völker. Bei diesem globalen Wettlauf um Sozial- und Lohndumping werden die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher.

Internationale Solidarität anstelle von Standortkonkurrenz!

Diese Wirtschaftspolitik ist zum Scheitern verurteilt und muss grundsätzlich bekämpft werden. Das Grundübel dabei ist die sog. Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Eine Volkswirtschaft kann nicht ausschließlich von Exportüberschüssen leben. Das ist engstirniges und kurzfristiges betriebswirtschaftliches Denken, für Volkswirtschaften untauglich. Hier muss der Hebel angesetzt werden, das **lokale, regionale oder nationale „Standortdenken“ überwunden werden**.

Nicht die schrankenlose Konkurrenz, das rücksichtslose Jagen nach Maximalprofit, darf der Motor der Wirtschaft sein, sondern die **realen Bedürfnisse der Menschen**. Deshalb treten wir für eine **nachhaltige u. soziale Energie - u. Wirtschaftspolitik** ein, die der großen Mehrheit der Menschen nützt. Um die Massenerwerbslosigkeit abzubauen, unterstützen wir einen **öffentlichen Beschäftigungssektor**, allerdings zu **human gestalteten Arbeitsbedingungen mit allen Arbeitnehmerrechten wie Tarifrecht und Mitbestimmung und nicht abgekoppelt vom allgemeinen Lohnniveau**.

Das heißt aber auch, dass wir uns von der unsinnigen Wachstumsideologie verabschieden müssen. Sie kann in einer globalisierten Welt nicht mehr funktionieren. Doch gerade das bietet auch Chancen: So wie uns die Großbanken und Trusts als „Global Player“ gegenüber treten, so müssen auch wir uns **global vernetzen und organisieren**. Auch die Gewerkschaften müssen sich öffnen, sowohl gegenüber den sozialen Bewegungen als auch gegenüber diesen globalen Entwicklungen. Sie müssen um ihrer Existenz willen lernen, das Ende der Wachstumsgesellschaft in den reichen Industrieländern zu akzeptieren, die nationale Standort-Borniertheit zu überwinden und dafür den Gedanken der **internationalen Solidarität der Ausgebeuteten und Armen vorantreiben**. Nur auf diesem Weg werden sie überleben, wird ihr Kampf für eine Umkehr der Verhältnisse, hin zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit erfolgreich sein.

Wir, die organisierten Schweinfurter Erwerbslosen unterstützen alle, die auf diesem Weg an unserer Seite stehen, um gemeinsam eine **emanzipative Entwicklung** voran zu treiben. Insbesondere fühlen wir uns dabei der Gewerkschaftsbewegung verbunden, die wir als die derzeit wichtigste Gegenkraft zu Neoliberalismus und „shareholder value“ - Politik ansehen.

Was wir machen

Wie in unserer Satzung festgelegt, verstehen wir uns als **gewerkschaftsnahe Erwerbsloseninitiative**, sind auch Mitglied der bundesweiten Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen und streben dem gemäß eine enge Zusammenarbeit mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften sowie eine Vernetzung der gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen auf regionaler und überregionaler Ebene an. Dies soll sich in gemeinsamen **Seminaren**, aber auch **regionalen u. überregionalen Mobilisierungen und Aktionen** ausdrücken. Neben der Bildungsarbeit in Form von sachlicher Information, aber auch **politischen Perspektivdiskussionen** über alternative Konzepte zum derzeitigen neoliberalen Mainstream, legen wir großen Wert auf **Öffentlichkeitsarbeit** (Aktionen, Informationsveranstaltungen, Pressearbeit, usw.).

Im Büro der Deutschen Friedensgesellschaft haben wir eine Heimat gefunden. dort können wir uns nicht nur treffen, sondern es steht uns auch eine komplette Bürostruktur (Telefon, Fax, PC mit Internet, Kopierer, usw.) zur Verfügung. Da wir uns auch als **„Selbsthilfegruppe“** verstehen, haben wir dort auch einen **„Offenen Treff“** eingerichtet, der **dienstags von 10 - 12.30 Uhr** geöffnet ist. Erwerbslose können dort **offen reden, Erfahrungen austauschen, soziale Kontakte aufbauen** sowie **Informationen und Hilfe zur Selbsthilfe** erhalten.

Außerdem arbeiten wir noch aktiv im Schweinfurter **„Forum für soziale Gerechtigkeit“** und bei der **„Sozialkonferenz“** mit und stehen so mit allen wesentlichen sozialen Kräften in Schweinfurt in Verbindung.

Auf diese Weise schaffen wir eine **Brücke zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen** und leisten andererseits unseren Beitrag zum **Aufbau einer eigenständigen und selbstorganisierten Erwerbslosenbewegung**.

Kontakt:

**Dienstags von 10.00 - 12.30 Uhr im DFG/VK-Büro, Gabelsbergerstr. 1
OFFENER TREFF der Selbsthilfegruppe der SALI**

Telefonischer Kontakt: Dienstags von 15 - 18 Uhr unter 09721/185555

AKTIVEN - TREFFEN jeden ersten und dritten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr